

terlaufen, so werde der Hl. Geist dafür sorgen, daß er sich nicht in der Kirche durchsetzt; das könne man in klassischen Dogmatiken nachlesen. Und letztlich falle dem Lehramt angesichts diskutierter Probleme eine prophetische und pädagogische Funktion zu. Zunächst komme es darauf an, die Grundwerte des Evangeliums und des christlichen Menschenbildes vorzulegen. Konkrete Lösungen, wollen sie überzeugen, brauchen ihre Zeit.

Unvermeidlich kam man von medizinischer Seite auf den *Leidensdruck steriler Ehepaare* zu sprechen. Im privaten Gespräch war allerdings zu hören, Sterilität sei wohl eine Krankheit der Spezies, nicht aber des Individuums. Daß die Erfolgsrate der extrakorporalen Zeugung enttäuschend ist, wurde nicht eingehender behandelt. Der Preis für die Erfüllung des Kinderwunsches ist hoch. Hier liegt wohl auch die eigentliche Problematik einer solchen „Therapie“ und nicht in einer fragwürdigen Anthropologie des ehelichen Aktes.

Die Grundsatzfragen im Auge behalten

Wie soll man sich nun zu solchen Symposien stellen? Der beherrschende Eindruck ist gewiß positiv. Zumal die Internationale Vereinigung der katholischen Universitäten hat in ihrer Studiengruppe für bioethische Fragen ein Gesprächsforum geschaffen, das von Mal zu Mal an Form und Profil gewinnt. Das ist nachahmenswert. Man setzt sich nicht das Ziel, mit allen Mitteln einen Konsens zu erreichen. Das befreit von Erfolgsdruck und ermöglicht ein gelöstes Gespräch, fern aller Polemik. Es ist die Selbstbescheidung, die eine Teilnahme zum Gewinn ausschlagen läßt. Man wird in den Stand versetzt, die entscheidenden Probleme schärfer zu sehen.

Dem aufmerksamen Beobachter will es aber scheinen, daß die Verständigung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften – unbeschadet gegenteiliger Beteuerungen – im-

mer noch im argen liegt. Man deklamiert aneinander vorbei. Gewiß läßt sich keine Metaphysik entwickeln, die an den Tatsachen vorbeigeht. Der Moraltheologe braucht die Information. Aber er darf sich auch nicht dem Diktat der Naturwissenschaften aussetzen. Das wird zumal dann problematisch, ja gefährlich, wenn der Naturwissenschaftler Beschreibung und Interpretation ineinander übergehen läßt. Bisweilen nimmt seine Sprache pseudo-metaphysische Züge an, so wenn er von Potenz, Zufall, Finalität oder Bestimmung spricht. Und dem zuhörenden Moraltheologen ist nicht immer klar, ob er es mit Theorien oder fragwürdigen Hypothesen zu tun hat. Wissenschaftstheoretische Kenntnisse sind gefordert, wenn man das bioethische Gespräch bestehen will. Daran fehlt es bisweilen. Und gleichfalls bedarf es einer *Erneuerung der scholastischen Naturphilosophie*. Wie lassen sich Schlüsselbegriffe wie Substanz, Kontinuität, Linearität, Teleologie denkerisch verantworten, und zwar so, daß der Fragestellung des Moraltheologen gedient ist? Auch daran fehlt es. Das bioethische Gespräch wird unweigerlich auf der Stelle treten, wenn es der Kasuistik verhaftet bleibt, die Grundsatzfragen aber aus den Augen verliert. Dann läuft man wirklich Gefahr, sich in großen Worten zu üben, sobald die Ebene der naturwissenschaftlichen Tatsachen verlassen wird. Das sieht dann eher wie eine Pflichtübung aus, die im Grunde zu nichts verpflichtet.

Ein gewisses Unbehagen schleicht sich auch ein, wenn man an den *innerkirchlichen Dialog* denkt. Es liegt wohl in der Natur der Sache, wenn bei solchen Symposien die kritische Auseinandersetzung den Ton angibt. Dennoch sollte man nicht übersehen, daß es einen Vergrößerungseffekt gibt. Im deutschen Sprachbereich ist die ethische Nachdenklichkeit unter Biologen und Medizinern erfreulich groß. In anderen Ländern begegnet man weniger Hemmungen, wenn es um die Rechtfertigung oder Zulassung experimentierender Verfügens über menschliches Leben geht. Dem dürfte – so ungewollt dies auch immer geschehen mag – kein Vorschub geleistet werden.

Klaus Demmer

Zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft

Afghanistan nach den Genfer Abkommen

Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan hat begonnen: vom Frieden ist das Land aber noch fern. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die gegenwärtige Lage des Landes und die sie bestimmenden Kräfte. Und er geht auch auf die Probleme der Sowjetunion mit ihrer muslimischen Bevölkerung ein, die auf die sowjetische Haltung in der Afghanistanfrage nicht ohne Einfluß sind.

Der seit neun Jahren in Afghanistan tobende Krieg forderte allein bis Ende 1987 1,2 Millionen Tote und 700 000

Verwundete. Mehr als 7 Millionen Menschen mußten ihre Heimat verlassen. Von ihnen leben etwa 3,5 Millionen in pakistanischen Flüchtlingslagern, 2 Millionen gingen in den Iran, und weitere 2 Millionen fanden in den größeren Städten Afghanistans Zuflucht. Ein Ende des Blutvergießens ist auch nach den am 14. April 1988 in Genf unterzeichneten Vereinbarungen nicht in Sicht. Zwar sehen diese vor, daß sich die Regierungen in Kabul und Islamabad künftig jeglicher Einmischung in die Innenpolitik des Nachbarstaates enthalten und den Flücht-

lingen eine geordnete Rückkehr ermöglichen, doch handelt es sich hierbei nur um Absichtserklärungen, die von den USA und der UdSSR in gleichfalls nur vager Form unterstützt wurden. Das einzig konkrete Ergebnis der Genfer Konferenz war das Versprechen Moskaus, seine Truppen ab Mitte Mai binnen neun Monaten aus Afghanistan abzuziehen. Inzwischen kehrte die Hälfte der Einheiten in die Heimat zurück, doch in strategisch wichtigen Regionen des Nordens ist die Sowjetunion unvermindert präsent. Angesichts der militärischen Schwäche des Regimes in Kabul ist sogar nicht ganz auszuschließen, daß die UdSSR den Truppenabzug verlangsamt, um einen allzu raschen Sturz der Regierung Najibullahs – und damit einen erheblichen Prestige-Verlust – zu verhindern. Dies brächte allerdings die Gefahr einer Teilung des Landes und möglicherweise Verhältnisse ähnlich jenen des Libanon.

Das sowjetische Islam-Problem

Die UdSSR entsandte 1979 Truppen nach Afghanistan, um dort ihre Machtposition zu wahren und wohl auch um eine Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus nach Mittelasien zu unterbinden. Offensichtlich unterschätzte sie aber den Widerstandswillen der Bevölkerung wie die internationalen Reaktionen, und so geriet ihr begrenztes militärisches Engagement immer mehr zu einem verlustreichen Unternehmen, das sogar im eigenen Land auf wachsende Kritik stößt. Ihr blieb schließlich nur die Wahl, entweder den militärischen Einsatz um ein Vielfaches zu erhöhen, oder sich im Hinblick auf eine „Schadensbegrenzung“ allmählich zurückzuziehen. Das warnende Beispiel des Vietnam-Krieges vor Augen, entschied man sich letzten Endes für die zweite Lösung, die sich bereits Mitte 1986 mit der allmählichen Entmachtung Barak Karmals durch Mohammed Najibullah ankündigte.

Obgleich dabei militärische Erwägungen und die Rücksicht auf die internationale Lage im Vordergrund standen, dürften dennoch *innenpolitische Aspekte* keine geringe Rolle gespielt haben. Immerhin gibt es in der UdSSR fast 50 Millionen Muslime, deren Bevölkerungsanteil von (1979) 16,7% bis zum Jahre 2000 wohl auf über 21% steigen wird. Größtenteils Angehörige türkischer Völker, leben drei Viertel von ihnen in den an Afghanistan grenzenden mittelasiatischen Republiken, doch existieren größere muslimische Gruppen auch im Kaukasus, an der mittleren Wolga, im südlichen Ural und unter den Krim-Tataren, die seit langem auf die Wiederherstellung ihrer ehemaligen Autonomie drängen. Zumeist gehören sie den sunnitischen Richtungen des Islam an, und nur 20% bekennen sich zur 12er-Schia (darunter 4 der 5 Millionen Aserbaidschaner) bzw. zu kleineren islamischen Sekten. Angesichts ihrer eigenen kulturellen Traditionen leiden die verschiedenen ethnischen Gruppen der sowjetischen Muslime gerade seit den 30er Jahren nicht nur unter der anti-religiösen Politik des Staates, sondern auch unter den vielfachen *Russifizierungs-Bestrebungen*. Sie besitzen

(seit 1944) nur eine rudimentäre Verwaltung für rein religiöse Angelegenheiten mit Zentren in Taschkent (Mittelasien), Ufa (Sibirien und europäisches Rußland), Machatschkala (Nordkaukasus) und Baku (Transkaukasus). Diese unterhält – nur für Sunniten und Schiiten – rund 350–400 Moscheen (vor 1917: 26 000!) mit 2000 Kultusdienern und zwei islamische Akademien mit etwa 100 Studenten. Dies reicht für die Betreuung der Gläubigen keineswegs aus, zumal auch die Publikation religiöser Schriften erheblichen Einschränkungen unterliegt. So erscheinen Koran-Ausgaben in geringen Auflagen von etwa 20 000 Exemplaren, und die einzige offizielle Zeitschrift „Muslims of the Soviet East“ ist nur für den internationalen Markt bestimmt (Angaben nach: *A. Bennigsen / C. Le-mercier-Quelquejay*, *Le Soufi et le commissaire*, Paris 1986).

Dem nicht-institutionalisierten Glaubensleben kommt somit erhöhte Bedeutung zu, doch hat dies insofern Tradition, als die Gemeinschaften ohnehin seit alters her stark dem *Sufismus* verpflichtet sind. Dessen sunnitische mystische Orden waren ja wesentliche Träger der islamischen Mission außerhalb der arabischen Kerngebiete, und ließen einen oft volkstümlich geprägten Glauben entstehen, der auch indigene kulturelle Werte integrierte. Hieraus erwachsen gesellschaftliche, an herausragenden Persönlichkeiten oder kulturellen Zentren orientierte Strukturen neben der offiziellen Hierarchie, die in der UdSSR die kommunistische Machtergreifung überdauerten. Als besonders fest erwiesen sie sich unter jenen ethnischen Gruppen, deren soziale Bindungen intakt blieben, etwa im Nordkaukasus und dessen Vorland. Gerade hier, aber auch z. B. in Tadschikistan beobachtet man deshalb seit längerem eine verstärkte *Untergrund-Tätigkeit von Fundamentalisten*, die an jene nationalen Kulturwerte einer oft patriarchalischen Gesellschaft appellieren, die auch nichtgläubige Muslime akzeptieren können. Der Khomeinismus, der einen pan-islamischen Fundamentalismus auf schiitischer Grundlage propagiert, findet dabei allerdings nur geringen Anklang.

Nur ungern geben sowjetische Publizisten zu, daß gerade religiöse Vorschriften eher familiären Charakters – etwa Hochzeits- und Bestattungsriten sowie die Beschneidung – immer noch weithin befolgt werden. Rund 40% der älteren muslimischen Bevölkerung halten sich zudem an das Fastengebot des Ramadan, und die Mehrheit der Muslime fastet zumindest an dessen Ecktagen (vgl. *T. S. Said-bajew*, *Islam: Istorija i sowremennostj*, Moskau 1985). Unter der jüngeren Generation scheint das religiöse Bewußtsein wieder zu *erstarken*. So erklärten im Winter 1985/86 bei einer Umfrage an der medizinischen und pädagogischen Fakultät der Hochschule von Kurgan-Tjube (nahe der tadschikisch-afghanischen Grenze) 35,5% der Studenten, sie seien nicht gläubig resp. Atheisten, während sich 16,8% zum Islam bekannten und 47,7% ausweichend antworteten (*M. Broxup*, *Islam in Central Asia since Gorbachev*, in: *Asian Affairs*, Oktober 1987, 283–293/289).

Gerade in Mittelasien geht dies mit einem *Anwachsen des Nationalismus* einher, wie er z. B. bei den Unruhen in Alma-Ata vom Dezember 1986 zum Ausdruck kam. Dieser lebt zumindest teilweise auch von der Erinnerung an die anti-sowjetische muslimische Guerilla-Bewegung der 30er Jahre, was der KP keine geringen Sorgen bereitet. Sie bekämpft die Probleme allerdings eher indirekt, zumal sie die von ihr vielfach beschworene Politik der „Bewahrung des nationalen kulturellen Erbes“ sonst leicht ad absurdum führen würde. So wurden muslim-freundliche Funktionäre im Rahmen von Anti-Korruptions-Kampagnen entlassen und aktive Gläubige wegen angeblicher anderer Vergehen verurteilt. Diesem Vorgehen sind jedoch Grenzen gesetzt, will die Partei nicht die muslimische Jugend weiter gegen sich aufbringen, was u. a. für das Militär und dessen Afghanistan-Engagement unliebsame Folgen hätte. Bereits jetzt stellen die Muslime 25% der Rekruten, und bis zum Jahr 2000 dürfte ihr Anteil auf 40% steigen, was sich auf einen weitgehend mit Wehrpflichtigen geführten Afghanistan-Krieg nur negativ auswirken kann.

Die Sowjetisierung Afghanistans

Der Krieg hat Afghanistans soziale und wirtschaftliche Strukturen *in den Grundfesten erschüttert*. Bis 1979 stellten die vor allem im Südosten und Osten lebenden paschtunischen Stämme mit einem Bevölkerungsanteil von 40% die politisch herrschende Schicht, gefolgt von den im Norden lebenden Tadschiken (25%) und Usbeken sowie den Hazara des zentralen Hochlandes (je 5–10%). Seit der sowjetischen Invasion wurde vor allem der Süden und Südosten des Landes entvölkert, so daß mittlerweile die Mehrheit der Paschtunen im Ausland lebt, während im afghanischen Staatsgebiet jetzt Tadschiken (37%), Usbeken und Hazara (je 15%) dominieren. Die afghanische Armee, die mit ihren 100 000 Soldaten (einschließlich Volksmiliz) ohnehin nur 20% des Landes fest kontrolliert, beherrscht damit inzwischen mehrheitlich nur noch Volksgruppen, die jenen im sowjetischen Mittelasien ethnisch verwandt sind. Dies könnte die Basis für eine endgültige *Sowjetisierung des Nordens* bilden, die ohnehin seit langem eingeleitet ist. So wickelt Afghanistan zwei Drittel seines Außenhandels über die UdSSR ab, die aus dem Land vor allem Erze und Erdgas zu Niedrigpreisen bezieht, mit denen sie wiederum einen Teil ihrer Militärkosten kompensiert. Sie selbst fördert mit Krediten insbesondere jene Wirtschaftszweige, von denen sie profitiert resp. die ihr zumindest keine Konkurrenz erwachsen lassen, etwa die Konsumgüterproduktion für den afghanischen Eigenbedarf oder die – allerdings zu 50% brachliegende – Landwirtschaft. Darüber hinaus unterstützt sie nach Kräften die Sowjetisierung des Bildungssystems, indem sie Schulpläne und Unterrichtsmaterial nach eigenen Plänen erarbeiten ließ und auch – mangels geeigneter afghanischer Lehrer – Schulpersonal aus den mittelasiatischen Republiken nach Afghanistan entsandte. Über 50 000 afghanische Schüler und Studenten wurden zudem in den letzten acht Jahren – oft gegen ihren Willen – zur Weiterbildung in die Sowjet-

union geschickt. Die massive militärische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz der UdSSR erregte jedoch derart den Unwillen der Bevölkerung, daß sich Staatspräsident Najibullah zu einer zumindest äußerlichen Entso-wjetisierung entschloß. Seine „Demokratische Volkspartei“ verzichtet mittlerweile in ihrem Programm auf Begriffe wie „Sozialismus“, akzeptiert im Kleinhandel und im Handwerk „kapitalistische“ Wirtschaftsformen und besteht auch nicht mehr auf einer radikalen Landreform – die Höchstgrenze für privaten Landbesitz soll später bei 25 ha (statt ursprünglich 5 ha) liegen. Die neue Verfassung vom Dezember 1987 erkennt sogar den „heiligen Islam“ als „Religion Afghanistans“ an, deren moralischen Werten kein Gesetz widersprechen dürfe (Art. 2). Im Rahmen seiner „Politik der nationalen Versöhnung“ berief Najibullah, der sich gerne als Muslim präsentiert, sogar Ende Mai mit *Mohammed Hassan Sbarq* ein Nicht-Parteimitglied zum neuen Regierungschef. Gleichwohl steht die Mehrheit der Afghanis diesem neuen Kurs eher skeptisch gegenüber, ja unter den muslimischen Geistlichen scheinen allenfalls etwa 10% zur begrenzten Zusammenarbeit mit dem Regime in Kabul bereit.

Die afghanische Widerstandsbewegung spiegelt deutlich die überkommenen ethnischen, religiösen und sozialen Gegensätze des Landes wider. Ihr bedeutendstes politisches Organ ist die im pakistanischen Peshawar ansässige „Allianz“ aus sieben heterogenen Gruppierungen, deren Zweckbündnis ständig erheblichen Zerreißproben ausgesetzt ist. Die extreme Position vertritt hierbei die von *Gulbuddin Hekmatyar* (einem der wenigen Nicht-Theologen unter den politischen Führern) geleitete „Herz-e-Islami“ (Islamische Partei). Am Programm eines pan-islamischen Fundamentalismus ähnlich der ägyptischen Muslim-Bruderschaft orientiert, möchte Hekmatyar einen betont anti-westlichen islamischen Einheitsstaat in Afghanistan verwirklichen, dessen Grundlage jene vagen Scharia-Vorstellungen bilden, wie sie sich vor allem seit dem 19. Jahrhundert in Nordafrika und im Vorderen Orient herausbildeten. Hierbei will er nicht nur das bisherige politische Establishment ausschalten, sondern auch die kulturellen Eigenheiten der ethnischen Gruppen beseitigen, insofern ihr Denken (wie etwa bei den Paschtunen) dem Scharia-Verständnis entgegensteht. Obleich selbst Paschtune, ist ihm jener Nationalismus fremd, der auch die in Pakistan lebenden Paschtunen in einem Groß-Afghanistan vereinen möchte, was ihm wiederum die besondere Unterstützung durch Islamabad sichert.

Eine gemäßigt fundamentalistische Haltung besitzt dagegen die „Jamiat-i-Islami“ (Islamische Gesellschaft) des Tadschiken *Burhanuddin Rabbani*, die als einzige größere Partei auch die Interessen afghanischer Minderheiten berücksichtigt. Sie tritt für einen islamischen Mehr-Parteien-Staat ein, wobei sie nicht einmal die Zusammenarbeit mit den ehemals führenden politischen Kreisen ausschließt. Ihr gehören die schlagkräftigsten Truppen der Widerstandskämpfer (Mujahedin) an, darunter die Einheiten *Abmad Shab Massouds* im Nordosten Afghani-

stans, die bisher der sowjetischen Armee die erbittertsten Kämpfe lieferten. Entsprechend erhält sie neben Hekmatyars Partei auch den größten Teil der ausländischen Militärhilfe.

Diesem fundamentalistischen Lager, dem noch zwei kleinere Gruppierungen angehören, steht ein Block von „Traditionalisten“ gegenüber, dessen Führer zumeist dem früheren Königshaus verbunden sind sowie jenen Sufi-Gemeinschaften, denen Afghanistan einst seine Islamisierung verdankte. Fast ausschließlich auf die Paschtunen-Stämme gestützt, lehnen sie den auf die Scharia bezogenen Fundamentalismus ab und befürworten eher einen zukünftigen islamischen Staat, der auf eigenen traditionellen Wertvorstellungen aufbaut. *Abmad Gailanis* „Nationale Islamische Front“ würde dabei, wie auch die „Afghanische Nationale Befreiungsfront“ *Sighbatullah Mijaddidis*, durchaus die Rückkehr des Ex-Königs Zahir Shah begrüßen, während *Mohammed Nabi Mohammadis* „Islamische Revolutionspartei“ mehr zu einer Synthese von islamischem und westlich-demokratischem Rechtsstaat tendiert.

Zahir Shah gab inzwischen zu erkennen, daß er keine Wiederherstellung der Monarchie anstrebt. Er wäre jedoch bereit, als Interimspräsident eines islamischen Staates zu fungieren, sofern dieser auf demokratischer Grundlage den politischen Pluralismus garantiert (Dawn 4. 5. 88). Dies lehnen die Fundamentalisten strikt ab, wobei sie sich der Unterstützung Pakistans sicher sind, das in Zahir Shah den Vertreter jenes paschtunischen Nationalismus sieht, der seine eigenen Interessen bedroht. Unter der afghanischen Bevölkerung genießt der einstige König dagegen immer noch große Sympathien, ja bei einer inoffiziellen Umfrage in pakistanischen Flüchtlingslagern sprachen sich sogar 70% der (paschtunischen) Afghanis für seine baldige Rückkehr aus.

Angesichts dieser tiefgreifenden Differenzen gelang es der „Allianz“ im Juni nur mit großen Mühen, eine *Interimsregierung* für die zukünftige Machtübernahme einzusetzen. Nominell sind hierin Fundamentalisten und Traditionalisten zu gleichen Teilen vertreten, doch sicherten sich erstere die wichtigsten Ressorts. Mit Ausnahme des designierten Außenministers blieben zudem die Vertreter der Flüchtlingslager ebenso ausgeschlossen wie die Repräsentanten des militärischen Widerstandes. Dies offenbart eine weitere Schwäche der afghanischen Opposition, denn die Kommandeure der meist fundamentalistischen Guerilla-Truppen mit ihren über 100 000 Kämpfern beharren auf ihrem Mitspracherecht, tragen sie doch die Hauptlast des Krieges. Bei einer von Massoud geleiteten Konferenz der im Norden operierenden Militärführer erörterte man kürzlich sogar eingehend die Möglichkeit, eine von den Gruppen in Peshawar unabhängige Verwaltung in den befreiten Gebieten zu errichten. Mittlerweile recht gut ausgerüstet, kämpfen die Einheiten ohnehin meist in eigener Verantwortung ..., wobei ihre jüngsten Erfolge auch ein Ergebnis verbesserter Kooperation unter den ansonsten politisch verfeindeten Gruppen sind. Allerdings dürften sie vorerst noch nicht in der Lage sein,

eine militärische *Offensive* gegen das Regime in Kabul zu beginnen. Hiermit werden sie wohl bis zum endgültigen Abzug der sowjetischen Truppen warten, mit denen sie in einigen Regionen augenscheinlich gar einen inoffiziellen Waffenstillstand abgeschlossen haben. Völlig offen ist im übrigen, ob die bisherige Zusammenarbeit der Mujahedin auch nach einem möglichen Sieg Bestand hätte, oder ob dies nicht vielleicht in einen neuen Bürgerkrieg innerhalb des afghanischen Widerstandes münden könnte.

Ein Spielball internationaler Interessen

Das zukünftige Schicksal Afghanistans wird in erheblichem Maße von der Haltung seiner Nachbarn abhängen. Insbesondere *Pakistan* ist bestrebt, in Kabul eine willfähige Regierung zu installieren, die seinen eigenen Interessen in der Auseinandersetzung mit der UdSSR dient. Deshalb unterstützt es in erster Linie die Fundamentalisten, was inzwischen zu ernststen Verstimmungen mit den USA führte. Entsprechend betrachtete der unlängst einem Anschlag zum Opfer gefallene Staatspräsident *Zia-ul-Haq* die Genfer Abkommen allenfalls als Zwischenstation auf dem Weg zur endgültigen Vertreibung der Sowjetunion aus Afghanistan, ja er war der Meinung, die pakistanische Delegation habe sich in Genf allzu nachgiebig gezeigt.

Weit geringer sind demgegenüber die Einflußmöglichkeiten des *Iran*, der infolge seiner wirtschaftlichen und militärischen Schwierigkeiten ohnehin den Mujahedin nicht allzu wirksam mit materieller Hilfe beistehen kann. Außerdem gibt es traditionelle politische und kulturelle Gegensätze zwischen Afghanistan und Iran, so daß selbst die mehr als 10 schiitischen Gruppierungen des Widerstandes, die vorwiegend unter den Hazara operieren, zu ihm eine gewisse Distanz wahren (wie auch gegenüber der „Allianz“ in Peshawar). Die Beziehungen zu den sunnitischen Fundamentalisten beschränken sich im übrigen auf gelegentliche Kontakte zu Rabbanis Partei, seit sich Hekmatyar 1985 offiziell von Teheran trennte. Hierzu trugen u. a. die Klagen afghanischer Flüchtlinge im Iran bei, die sich gegen iranische Indoktrinierungsversuche wehren sowie dagegen, daß man sie – als Bürger zweiter Klasse – in die iranische Gesellschaft zu integrieren sucht.

Die UdSSR wiederum möchte zwar ihr verlustreiches Engagement in Afghanistan beenden, doch nicht um den Preis einer demütigenden politischen Niederlage. Sie warnte deshalb in letzter Zeit nachdrücklich Pakistan, den afghanischen Widerstand weiterhin in massiver Weise zu unterstützen. Sollte sich die Lage des Kabul-Regimes allzu rasch verschlechtern, könnte sie es – ungeachtet des bisher bekundeten Friedenswillens – bei einem vorläufigen Teil-Rückzug belassen. Diese Möglichkeit besteht im übrigen auch, falls es zu einem Bürgerkrieg innerhalb der verfeindeten Oppositionsgruppen käme, denn dann könnte die Sowjetunion – nicht ganz unberechtigt – als Beschützerin der Tadschiken und Usbeken auftreten. Dies birgt allerdings die Gefahr einer Teilung Afghanistans mit all ihren unabsehbaren Folgen. *Peter Drews*